

<b>Protokoll:</b>	<b>Ausschuss für Umwelt und Technik des Gemeinderats der Landeshauptstadt Stuttgart</b>	<b>Niederschrift Nr.</b>	489
		<b>TOP:</b>	4
<b>Verhandlung</b>		<b>Drucksache:</b>	719/2018
		<b>GZ:</b>	T
<b>Sitzungstermin:</b>	06.11.2018		
<b>Sitzungsart:</b>	öffentlich		
<b>Vorsitz:</b>	BM Thürnau		
<b>Berichterstattung:</b>	Herr Schanz, Herr Pöschl (beide TiefbA)		
<b>Protokollführung:</b>	Frau Schmidt / de		
<b>Betreff:</b>	<b>Statusbericht über die Umsetzung der wichtigsten Infrastrukturmaßnahmen in der Zuständigkeit des Tiefbauamts mit Ausblick auf bestehende Finanzmehrbedarfe</b>		

Beratungsunterlage ist die Mitteilungsvorlage des Technischen Referats vom 22.10.2018, GRDRs 719/2018. Sie ist dem Originalprotokoll sowie dem Protokoll-exemplar für die Hauptaktei beigelegt.

Die zu diesem Tagesordnungspunkt gezeigte Präsentation ist dem Protokoll als Datei-anhang hinterlegt. Aus Datenschutzgründen wird sie nicht im Internet veröffentlicht. Dem Originalprotokoll und dem Protokoll-exemplar für die Hauptaktei ist sie in Papier-form angehängt.

Herr Schanz (TiefbA) informiert in seiner Präsentation über die in 2018 abgewickelten Baumaßnahmen. Dazu gehören beispielsweise die Schnellbuslinie X1, eine Stützmauer als Einstieg in die komplette Sanierung der Neuen Weinsteige sowie Hochwasserrück-haltebecken. Aktuelle Planung seien der Marktplatz (Mitte), der Kreisverkehr Solitude-/Engelbergstraße, barrierefreie Bushaltestellen, der Schwanenplatztunnel, der Österrei-chische Platz sowie die Paulinenbrücke. Eine große Anstrengung sei die Radwegpau-schale, die sich für den aktuellen Haushalt verdoppelt habe und zum großen Teil schon umgesetzt worden sei. Das Investitionsprogramm Fußverkehr sei ebenfalls "gut unter-wegs". Für den Haushaltsplan 2020/21 ergebe sich ein dauerhafter Finanzmehrbedarf bei den Pauschalen von 9,38 Mio. Euro, worin jedoch bereits die Kosten für Entwässe-

rungsinfrastruktur enthalten seien. Untermauert werde dieser 2019 mit dem Straßenzustandsbericht. Anzumerken sei ebenfalls, dass die Entwicklung der Baupreise einen großen Teil der Mittel beanspruche. Das Gesamtbudget sei ausgeschöpft und in große, wichtige Projekte eingebracht worden.

BM Thürnau ergänzt, dass trotz hoher Investitionsraten die technische Infrastruktur nicht vollständig mit Sanierungsmitteln bedient werden kann. Er unterstreicht den Mehrbedarf von rund 9,4 Mio. Euro, der eine Verstetigung des Volumens in die Zukunft beinhalten soll. Nur so sei gewährleistet, dass der Sanierungsstau abgearbeitet werde.

StR Hill (CDU) honoriert die umfangreiche Darstellung der Ergebnisse im Ausschuss. Für das Leben in Stuttgart sei eine funktionierende Infrastruktur von ungeheurer Bedeutung. Man habe in den letzten Jahren viel erreicht, und zahlreiche Beschlüsse seien von einer Mehrheit im Ausschuss mitgetragen worden. Für die CDU-Gemeinderatsfraktion signalisiert er den Willen, dieses Thema weiterhin wohlwollend zu unterstützen. Abschließend möchte er wissen, ob der für 2019 angekündigte Straßenzustandsbericht rechtzeitig für die Haushaltsberatungen 2020/21 zur Verfügung steht. Dies kann Herr Schanz bestätigen: Man versuche, den Straßenzustandsbericht vor der Sommerpause zu platzieren, wobei es keine überraschenden Ergebnisse geben werde. Die Änderungen bewegten sich in der Regel zwischen 1 und 2 Prozent "plus oder minus".

Dem Dank schließt sich StR Peterhoff (90/GRÜNE) an. Er ist der Meinung, dass man in den letzten beiden Doppelhaushalten deutlich gegen den Sanierungsstau angehen konnte. Ein erhöhter Finanzbedarf sei absehbar gewesen. Kritisch sieht er die Folgekosten bei neuen Großprojekten, die den Bedarf deutlich erhöhten und weitere Entwicklungen lähmten. Die Infrastruktur in Stuttgart sei gut, in Teilen aber auch überholt. Man müsse darüber nachdenken, unbenötigte, überdimensionierte Strukturen wie beispielsweise die Holzgarten- und Kriegsbergstraße zurückzubauen. An den Baupreisen könne man nicht viel ändern, es gelte aber zu bedenken, dass viele Großprojekte der Stadt (Stuttgart 21, Rosensteintunnel) ihrerseits Preistreiber seien. Er erwarte mit Spannung das Straßengutachten in 2019. Des Weiteren wünscht er einen frühzeitigen Bericht zu den barrierefreien Bushaltestellen sowie zu den Bevorrechtigungen für Busse und Stadtbahnen. Er mahnt an, die für den Radverkehr vorgesehenen Mittel auch für diesen Bereich zu verwenden, und Maßnahmen für den Fußverkehr sollten ohnehin grundsätzlich miteingeplant werden. Herr Schanz bestätigt, dass für Radverkehr reservierte Gelder auch nur dafür verwendet werden. Oft handle es sich um eine Mischfinanzierung oder Kombination aus verschiedenen Finanzierungsquellen, was aber nicht bedeute, dass eine Stützmauer aus dem Radverkehrsbudget finanziert werde. Den Bericht zu den Bevorrechtigungen sagt er ebenso zu wie die Information, bis wann alle Bushaltestellen umgebaut sind.

Die Kritik von StR Peterhoff an erhöhten Folgekosten kann StR Körner (SPD) nicht nachvollziehen. Man könne als Grüne Gemeinderatsfraktion nicht "tolle Veranstaltungen" zur Entwicklung am Neckarknie machen und gleichzeitig die Unterhaltskosten bedauern. Die SPD-Gemeinderatsfraktion hingegen unterstütze den Bau von Tunneln, denn diese erhöhten die Lebensqualität der Anwohner. Glücklicherweise beschliesse man trotzdem gemeinsam Tunnelprojekte, wie z.B. in Zuffenhausen. Mit Blick auf die Gesamtübersicht der Mehrbedarfe entwickelt StR Körner mehrere Fragen, die sich auf die begrenzten Möglichkeiten des Mittelabflusses beziehen:

1. Auf welchen Planansatz bezieht sich der genannte Mehrbedarf von 9,4 Mio. Euro und bei welchem Gesamtbedarf steht man ab 2020?
2. Wie kann dieser Mehrbedarf überhaupt abgearbeitet werden, wenn die in 2018 verwendete Summe von 16 Mio. Euro bereits die maximal umsetzbare Summe ist?
3. Gibt es im Personalbereich Mehrbedarfe, die angemeldet werden, um die höhere Summe auch umzusetzen? Wird über Entfristungen bei Arbeitsverträgen nachgedacht?

Darauf reagierend teilt Herr Schanz mit, dass der erhöhte personelle Aufwand in den nächsten Personalberatungen eingebracht werde. Man rechne jedoch nicht mit einem quantitativen, sondern eher mit einem qualitativen Personalmehrbedarf, sprich Ingenieurinnen und Ingenieuren. Eine Vielzahl der Maßnahmen, wie Tunnelsanierungen seien große Projekte, die viel Geld erforderten. Zu den bisher veranschlagten 16,49 Mio. Euro kämen in 2019 9,4 Mio. Euro dazu, wovon aber 4 Mio. Euro für den Schwanenplatz eingeplant seien. Daran könne man erkennen, so BM Thürnau, dass man ohne zusätzliches Personal rund 20 Mio. Euro pro Jahr umsetzen könne. Für StR Körner bedeutet dies, dass man ab 2020 pro Jahr 26 Mio. Euro benötigt. Dies bestätigt Herr Schanz. Herr Pöschl (TiefbA) erläutert den Haushaltsplanansatz für 2020, der rund 16,5 Mio. Euro betrage und identisch mit 2018 sei, da man die einmalig bewilligten Sondereinflüsse bereits herausgerechnet habe. BM Thürnau kündigt an, alle über den Planansatz hinausgehenden Summen in den Budgetsprachen nochmals anzumelden.

StR Pantisano (SÖS-LINKE-PluS) wünscht zeitnah zusätzliche Informationen zur Paulinenbrücke, für die man ohnehin ein Gesamtkonzept angefragt habe. Diese Maßnahme solle im nächsten Haushalt unbedingt umgesetzt werden. Herr Schanz informiert darüber, dass in 2019 zunächst unter der Brücke eine Fahrradstation errichtet wird. Das sei die Sofortmaßnahme anstelle der geplanten größeren Maßnahme, die aufgrund von Gesprächen zwischen BM Pätzold und dem Betreiber des Gerber-Kaufhauses verschoben wurde. Die Frage, ob die Neugestaltung des Marktplatzes im Gestaltungsbeirat behandelt wurde, kann der Vorsitzende positiv beantworten. Für die unter 5.1 genannten Förderanträge (LGVFG) erfragt StR Pantisano eine detaillierte Auflistung. Darauf antwortend sagt Herr Schanz, dass alle beauftragten Maßnahmen hausintern auf Zuschussmöglichkeiten geprüft würden. Des Weiteren umfasst der Komplex "Lebenswerte Stadt" für StR Pantisano mehr Kosten als man im Haushalt pauschal dafür bereitgestellt hat. Er möchte wissen, ob diese Maßnahmen mit den vorhandenen Mitteln abgedeckt werden können. Auch hier bestätigt Herr Schanz, dass Fördermittel miteingebunden würden.

Als "Werbeblock" für die Arbeit des Tiefbauamtes betrachtet StR Zeeb (FW) die Vorlage. Dies müsse man auch der Bürgerschaft entsprechend kommunizieren. Er sei für die kommenden Haushaltsplanungen aufgeschlossen, um weitere Maßnahmen zu beschließen. Konkret spricht er die Stresemannstraße an, die dringend saniert werden müsse. Herr Schanz kündigt die Sanierung dieser Straße für 2019 an.

StR Conz (FDP) erinnert an vergangene Haushalte, in denen mehr Mittel beantragt als beschlossen wurden. Er wünsche sich daher für den kommenden Haushalt mehr Unterstützung durch den Ausschuss, um dringende Projekte auf den Weg zu bringen.

Beim Thema barrierefreie Bushaltestellen wünscht sich StR Dr. Schertlen (STd), dass diese als Bushaldebuchten erhalten bleiben und nicht in die Straße "hineinwandern". Diese werden laut Herrn Schanz in ihrer Lage nicht verändert. Bei den genannten Fi-

nanzmehrbedarfen plädiert StR Dr. Schertlen dafür, diese bereits in den Planansatz aufzunehmen und nicht über die "Grüne Liste" einzubringen. Die unter 6.2 beispielhaft genannte Sanierung der Kräherwaldstraße kann er nicht nachvollziehen; andere Straßen seien weitaus dringender sanierungsbedürftig. Darauf reagierend sagt Herr Schanz, hier sei es vor allem um den Straßenunterbau gegangen, der sich in sehr schlechtem Zustand befunden habe. Ebenso müsse, so StR Dr. Schertlen, bei den Anzeigetafeln für Fahrgastinformationen nachgebessert werden: Diese seien oft defekt oder machten falsche Angaben. Der für Car2X gestellte Förderantrag möge ebenfalls detailliert dargestellt werden. Abschließend regt er an, auf Gehwegen störende Betonelemente zu entfernen und Parkscheinautomaten sinnvoll zu platzieren. Die Spritzschutzelemente aus Beton würden, wenn möglich, entfernt, so Herr Schanz. Diese seien jedoch oft aus Sicherheitsgründen wichtig (im Bereich von Schulen und Kindergärten). Die Standorte der Parkscheinautomaten seien nicht immer günstig, müssten sich aber in entsprechender Entfernung zu den Parkplätzen befinden. Ebenso sieht StR Dr. Schertlen Baustellenmarkierungen kritisch. Diese gehörten dringend überprüft, denn sie seien bei Dunkelheit und Regen oft nicht zu erkennen und gefährdeten so die Verkehrssicherheit. Herr Schanz bestätigt Gesprächsbedarf bei den Fahrbahnmarkierungen, die zukünftig auch beim Thema "autonomes Fahren" wichtig würden.

StR Dr. Vetter (CDU) kommt noch einmal auf die Weinsteige zu sprechen. Nach dieser gelungenen Sanierung solle es doch möglich sein, auf die orangefarbenen Trennbaken zu verzichten. Es gebe sicher andere Möglichkeiten zur Separierung der Fahrspuren. StRin Schiener (90/GRÜNE) möchte wissen, warum der lediglich "für Radfahrer freie" Gehweg (kein expliziter Radweg) unter der Radwegpauschale aufgeführt wird. Herr Schanz bestätigt, dass diese Fahrbahntrennung "nicht schön" ist, aber die Verkehrsbehörde darauf beharre. Die Verkehrssicherheit gehe vor. Er werde aber prüfen, ob eine andere Anmutung der Trennbaken möglich sei.

BM Thürnau stellt fest:

Der Ausschuss für Umwelt und Technik hat von der GRDRs 719/2018 Kenntnis genommen.

Zur Beurkundung

Schmidt / de

## Verteiler:

- I. Referat T  
zur Weiterbehandlung  
Tiefbauamt (5)
  
- II. nachrichtlich an:
  1. Herrn Oberbürgermeister  
SSB
  2. S/OB  
S/OB-Mobil
  3. Referat AKR  
Haupt- und Personalamt
  4. Referat WFB  
Stadtkämmerei (2)
  5. Referat SOS  
Amt für öffentliche Ordnung
  6. Referat StU  
Amt für Umweltschutz  
Amt für Stadtplanung und Stadterneuerung (3)  
Baurechtsamt (2)
  7. Rechnungsprüfungsamt
  8. L/OB-K
  9. Hauptaktei
  
- III.
  1. CDU-Fraktion
  2. Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN
  3. SPD-Fraktion
  4. Fraktionsgemeinschaft SÖS-LINKE-PluS (2)
  5. Fraktion Freie Wähler
  6. Gruppierung FDP
  7. Gruppierung BZS23
  8. Die STAdTISTEN
  9. AfD
  10. LKR